

**Rede
des Sprechers Kirche, Religion und
Weltanschauungsangelegenheiten**

Thore Guldner, MdL

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

**Omas gegen rechts in der Obertertia! Ein Weg zur
„differenzierten Urteilsbildung“?**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/10477 .

während der Plenarsitzung vom 28.04.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach dem Titel dieser Aktuellen Stunde, aber auch nach diesem Redebeitrag und auch den Social-Media-Aktivitäten wird eines wieder ganz deutlich: Die AfD hat Angst vor Omas.

Sie hat Angst vor Omas, die sich für die Demokratie einsetzen.

Wäre es nicht so tragisch, könnte man fast schon darüber lachen. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es in aller Klarheit: In diesem Land braucht keiner Angst vor Omas zu haben, wirklich niemand. Ich finde, nicht mal Sie bräuchten Angst vor Omas zu haben. Niemand muss sich fürchten vor älteren Frauen, die ihre Stimme gegen Rechtsextremismus, gegen Antisemitismus, gegen Nationalismus erheben. Im Gegenteil: Ich finde, wir sollten diesen Frauen zuhören. Wir sollten mit ihnen im Gespräch bleiben.

Wir sollten ihnen sogar dankbar sein.

Dabei denke ich auch an meine beiden Großmütter: zwei Frauen, Jahrgang 1936 und 1933, zwei Lebensgeschichten, geprägt von einer Zeit, die wir niemals vergessen dürfen. Sie stehen stellvertretend für viele, die sich heute engagieren, weil sie wissen, wohin es führt, wenn Faschisten die Macht in diesem Land übernehmen, wenn Demokratie zerstört wird und ein Land an den Abgrund geführt wird.

Meine Oma Liane: Sie hat in Emden unzählige Bombenalarme erlebt. Sie hat die Bombennacht des 6. September 1944 durchlebt, als Bomben auf ihre Stadt fielen, ihre Wohnung komplett zerstörten, als Angst, Verwüstung und Tod den Alltag in Emden bestimmten.

Meine Oma Ruth: Sie musste schon in jungen Jahren erleben, was Krieg wirklich bedeutet. Ihr Vater - im Alter von 31 Jahren - kehrte nach der Schlacht am Asowschen Meer 1941 nicht mehr zurück. Für meine Oma blieb diese Lücke, weil sie ihren Vater kaum kennenlernen durfte - eine Leer-stelle, die ein Leben lang nachwirkt.

Meine beiden Omas hatten, wie so viele ihrer Generation, kein unbeschwertes Kinderleben, keinen unbeschwerteten Schulalltag, so wie wir ihn heute unseren Kindern bieten können - aber eben auch keine schulische politische Bildung, keine schulische Demokratiebildung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade aus diesem Mangel ist doch ein Auftrag erwachsen - ein Auftrag, den wir heute erfüllen können. Ich empfinde es als großes Glück, dass wir das heute ganz natürlich im Rahmen dessen, was mit dem

Beutelsbacher Konsens in den 1970er-Jahren für uns definiert wurde, in unseren Schulen bieten können, mit der klaren Maßgabe der Schülerorientierung, der Kontroversität und dem Verbot der Überrumpelung. Nach diesen Maßgaben arbeiten selbstverständlich auch die Schulen in Gehrden und Barsinghausen.

Unter dieser Maßgabe ist es auch legitim, Lesungen von Initiativen wie Omas gegen rechts zu besuchen. Das kann die Schule zum Glück ganz eigenverantwortlich machen, denn sie stellt selbst sicher, dass es die Kontroversität, die pädagogische Angemessenheit und die Ausgewogenheit im Gesamtunterricht gibt, so wie es ihr der Beutelsbacher Konsens vorgibt. Ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die von Ihnen benannten Schulen gerade dazu in der Lage sind.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ja der altbekannte Versuch der AfD: Sie sprechen unseren Schulen das grundsätzliche Misstrauen aus.

Sie fordern die Beseitigung von Lehrerinnen und Lehrern, die nicht in Ihr Weltbild passen. Sie schaffen Meldeportale, wo vermeintlich nicht neutrale Lehrerinnen und Lehrer denunziert werden sollen.

Dabei ist Schule eben kein wertneutraler Ort. Auch politische Bildung ist nicht neutral, denn sie beruht auf Werten, auf grundlegenden demokratischen Werten wie der Würde des Menschen, Pluralismus und Gleichberechtigung. Sie sind verbindlich für die Demokratiebildung, weil sie auch verbindlich in unserem Grundgesetz stehen.

Es ist daher die demokratische Pflicht von Lehrkräften, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit ebenso wie Geschichtsvergessenheit entschieden entgegenzutreten und einzuordnen - auch dann, wenn es sich um Positionen erlaubter politischer Parteien handelt.